

Kreishaushalt 2011

Freie Wählergemeinschaft Landkreis Bayreuth -Kreistagsfraktion- Hans Hümmer, Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort !

Im Vorjahr haben wir bei der Verabschiedung des Kreishaushalts sehr deutlich angemahnt, dass für das nächste Jahr Sparansätze aufgezeigt werden müssen, um in Zukunft drohende finanzielle Schief lagen des Landkreises, mit bekannten Auswirkungen für die Gemeinden, verhindern zu können.

Nochmals ein Jahr zuvor habe ich bei meiner Stellungnahme zum HH 2009 prognostiziert, dass wir spätestens 2011 einen Kreisumlagensatz von 45 % den Gemeinden in Rechnung stellen müssten, wenn der Landkreis gemäß seiner damals ausgegebenen Agenda generations- und ressourcengerecht wirtschaften wollte. Dies wurde damals von einigen Kollegen belächelt.

Dass nun die Situation so gesehen wird, als wenn in schwieriger Zeit der Landkreis noch immer in der Lage wäre, mit einer niedrigen Kreisumlage den Gemeinden große Handlungsspielräume zu schaffen, verwundert.

Richtig ist, dass unsere kreisangehörigen Gemeinden keine höhere Kreisumlage schultern können. Schon das jetzige Einhebungssoll führt bei den allermeisten Gemeinden zu Stillständen bei den Investitionen. Die Verwaltungshaushalte sind kaum mehr auszugleichen.

Richtig ist aber auch: Wenn wir diesen Haushalt unseres Landkreises unter generationsgerechtem Wirtschaften und unter haushaltsrechtlichen Vorgaben betrachten, so müsste die Kreisumlage nur zum Haushaltsausgleich auf 46,3 % angehoben werden. Wäre die Rechtsaufsicht des Landkreises zugleich Genehmigungsbehörde dieses Haushalts, was rechtlich nicht möglich und deshalb nur eine hypothetische Annahme ist, so wage ich zu behaupten, würde er nicht genehmigt. „Mögliche Einnahmeerhöhungspotentiale sind auszuschöpfen“ wäre wohl hier die Anmerkung. Dies würde für uns bedeuten, dass eigentlich die Kreisumlage zu erhöhen wäre.

Herr Landrat vorneweg: Gleiches Recht für alle, weisen Sie bitte Ihre Vollzugsorgane an, dass deckungsgleich, problemlos, großzügig und zeitnah die bei der Rechtsaufsicht des Landratsamtes vorgelegten Gemeindehaushalte, auch bei Nichterwirtschaftung der Mindestzuführung, genehmigt werden.

Zur bitteren Realität des nach Doppik erstellten Haushaltswerkes:

Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Verlust von 3.735.600,-- € ab. Er wird das Eigenkapital um den gleichen Betrag vermindern. Dass es nicht schon jetzt zu einem überwiegenden Verzehr unseres geringen Eigenkapitals führt, haben wir einem Mehrergebnis aus 2009 zu verdanken.

Die in Bayern unterschiedlich gehandhabten Bewertungsansätze beim Eigenkapital, die zu zusätzlichen Verwerfungen und für den Landkreis Bayreuth de facto zu eindeutigen Nachteilen führen, habe ich im vergangenen Jahr sehr umfassend dargestellt. Trotz meiner Anregung und der Anfrage des Landkreises ist der Freistaat in dieser Sache bewegungsunfähig geblieben.

In 2011 werden wir des Weiteren für Investitionsmaßnahmen keinen Cent Eigenmittel einsetzen können. 3.700.000,-- € neue Kredite für 2011 und 7.000.000,-- € noch zu vollziehende Kreditaufnahmen aus 2010 sind eine sehr bedenkliche Folge.

Der Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit im Finanzplan beträgt minus 2.322.300,-- €. Dies ist gleichzusetzen mit der früheren Zuführung zum Vermögenshaushalt. Der Landkreis ist nicht mehr in der Lage, die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführung über die Höhe der planmäßigen Tilgungen von 1.400.000,-- € zu erwirtschaften. Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt von 3.722.300,-- € wären nötig.

Dass der Schuldenstand innerhalb des Jahres 2011 von 28,25 Mio. € auf 37,55 € oder um 33 % steigen wird, ist ein weiteres Alarmsignal. Die vom Landkreis mit getragenen Zweckverbände stehen mit 10 Mio. € in der Kreide. Zukünftige Investitionsplanungen dürften bei den Zweckverbänden nochmals einen erheblichen Schuldenanstieg nach sich ziehen.

Der daraus resultierende Zinsaufwand schlägt nur mit 950.000,-- € zu Buche und hat seine Ursache darin, dass ein nicht unerheblicher Teil wegen des günstigen Zinsniveaus über variable Zinsvereinbarungen finanziert wird. Man muss aufgrund der aktuellen, leicht steigenden Zinsentwicklung unter Umständen bereits in 2011 mit Mehrausgaben rechnen.

Das Zinsänderungsrisiko ist mit diesen Finanzierungsformen extrem hoch. Allein der Umstieg, bei noch niedrigen Zinsen, aktuell in längerfristige Festzinsvereinbarungen wird einen Mehrbedarf von ca. 500.000,-- € bedeuten. Handelt man hier nicht rechtzeitig, ist mit noch höheren Steigerungen zu rechnen.

Das alles soll generationengerecht sein? Mit Verlaub, ich kann es nicht erkennen.

Dass ein Lebensraum von 106.500 Menschen, über den Landkreis und seine 33 gemeindlichen Gebietskörperschaften, wahrscheinlich nicht einmal 5.000.000 € eigene Mittel mehr erwirtschaften kann, müsste eigentlich einen Aufschrei dieses kompletten Gremiums nach sich ziehen, der selbst im fernen München noch zu hören ist.

In einer Zeitphase größten Wirtschaftsaufschwungs, seit Jahrzehnten niedrigster Arbeitslosenzahlen und guter Auftrags- und Auslastungszahlen unser Industrie-, Handels- und Handwerksbetriebe müssen wir solche Haushaltszahlen und solche Zukunftsentwicklungen unseren Bürgern präsentieren.

Die Prognose für 2012 soll sich noch verheerender darstellen!
Wann endlich wachen wir auf?

Die kommunalen Finanzmechanismen sind aus den Fugen geraten und wir nehmen dies brav und gottgegeben hin.

Sehr geehrte Herr Landrat, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht die Vorgabe unserer Verfassung nach gleichen Lebensverhältnissen ist mehr Maßgabe sondern die publizierten Überlegungen des Zukunftsrates sind bereits seit Jahren in der Umsetzung. Wobei seit einigen Jahren sowieso schon die gleichen Lebensverhältnisse um „annähernd“ ergänzt wurden und hierauf die Betonung liegt.

Diese Zukunftsüberlegungen gründen anscheinend auf den Worten des Matthäusevangeliums Kapitel 25, 29-30 „Denn jedem der hat, wird gegeben werden und er wird in Überfluss haben; wer aber nicht hat, dem wird noch genommen werden, was er hat“.

Welche Veränderungsbemühungen sind auf das alles zu erkennen?

Man wünscht sich einen weiteren Zukunftsrat mit dem Zusatz „Ländlicher Raum“. Viele Bürgermeister in unseren Reihen reagieren mittlerweile allergisch auf politische Arbeitskreise, Fachtagungen, Resolutionen und Veranstaltungen mit dem Inhalt „Stärkung des ländlichen Raumes“, und zwar von allen politischen Gruppierungen. Die Ergebnisse daraus sind eindeutig und bedeuten – bitte haben Sie Verständnis für die drastische Ausdrucksweise – ein weiteres „Absaufen“ des ländlichen Raumes.

Ferner ist nicht zu erkennen, dass sich die kommunalen Spitzenverbände bei den Verhandlungen zur kommunalen Finanzausstattung um eine Lösung dieses Problems annehmen.

Nachdem unsere Verfassung weiter Rechtsgültigkeit hat und damit endlich Bewegung in die Notwendigkeit einer gerechten Kommunalfinanzierung kommt, beantrage ich, in Anbetracht diese Haushaltswerkes, sehr geehrter Herr Landrat, verehrtes Kollegium, dass der Landkreis Bayreuth wegen grober Missachtung der Verfassungsvorgabe nach annähernd gleichen Lebensverhältnisse eine Verfassungsklage anstrengt.

Alleine die Gewerbesteuer mit ihrem Auf- und Ab in Verbindung mit der Schlüsselzuweisungssystematik führt bei den kreisfreien, vor allem bei den großen Städten, zu gigantischen Mitnahmeeffekten aus dem Schlüsselzuweisungstopf. Z.B. Gewerbesteueraufkommen Regensburg bricht von 2008 auf 2009 um 36,6 Mio. € oder ca. 27,50 % ein, von 2009 auf 2010 steigt es um 63,0 Mio. € oder 65,14 % und liegt sogar deutlich über dem Wert von 2008. In 2011 ist wahrscheinlich mit einer weiteren Erhöhung des Gewerbesteuersolls zu rechnen.

Maßgeblich für die Schlüsselzuweisung 2011 ist das Jahr 2009. Jetzt wird der große Schluck aus der Schlüsselzuweisungsmasse genommen, was zu gigantischen Überschüssen der Städte in 2011 führt. Der entnommene Schluck fehlt den strukturschwachen Räumen, die dann ihren Haushalt nicht mehr abdecken können.

Vergleichen wir nur einmal die Stadt Bayreuth mit der Gesamtheit unserer Landkreisgemeinden. Um Missverständnisse vorzubeugen, gönne ich dies der Stadt Bayreuth, ohne Neidüberlegungen, von ganzem Herzen.

Die Gewerbesteuereinnahmen betragen bei der Stadt 2008 47,2 Mio. €, 2009 24,6 Mio. € (fast halbiert), 2010 49,9 Mio. € (=Steigerung zu VJ um 102 %). Maßgeblich für die Schlüsselzuweisung 2011 ist das Jahr 2009. Schlüsselzuweisung der Stadt Bayreuth in 2009 5,3 Mio. €, in 2010 15,7 Mio. € und in 2011 20,9 Mio. €, was ein Allzeithoch bedeutet.

Zum Vergleich, die Landkreisgemeinden haben in 2008 20,9 Mio. €, in 2009 16,4 Mio. € und in 2010 17,1 Mio. € (=Steigerung zu VJ um 4,3 %) an Gewerbesteuer vereinnahmt. Die Schlüsselzuweisung hat sich hier seit Jahren ausschließlich nur in die Richtung „Abnehmend“ entwickelt. Der manifestierte Trend stellt sich wie folgt dar: 2008 24,7 Mio. €, 2009 23,3 Mio. €, 2010 22,1 Mio. € und in 2011 nur noch 20,4 Mio. € Schlüsselzuweisungsmasse.

Bei Fortsetzung dieses Trends wird wohl die Schlüsselzuweisung in 15 Jahren 0,00 € betragen.

Entwicklung der Schlüsselzuweisungsmasse in Vergleichsvolumina:
2009 auf 2010 Stadt + 10,4 Mio. € Landkreisgemeinden – 1,2 Mio. €
2010 auf 2011 Stadt + 5,2 Mio. € Landkreisgemeinden – 1,6 Mio. €

Über andere Wege als durch eine Klage werden wir keine Veränderungen bewirken. Auch der Freistaat bedient sich dieser Möglichkeit. Dieser klagt ja auch über die Rechtmäßigkeit des Länderfinanzausgleiches.

Zu einigen Inhalten dieses Haushalts:

Viele Investitionsüberlegungen, die mit diesem Haushalt angegangen werden sollen, sind im Vorfeld durch unsere Kreisgremien bereits beschlossen worden. Nach erfolgten umfassenden Erläuterungen ist es nicht mehr nötig, diese zu kommentieren. Das angedachte Investitionsvolumen mit 5.425.900,-- € ist für einen Landkreis mit der Größe des unsrigen eigentlich kein Volumen, das überdimensioniert ist, jedoch unter solchen schwierigen Haushaltszeichen nach zeitlichen Verschiebungen von einzelnen Maßnahmen überprüft werden sollte.

Obwohl der Landkreis, wie eingangs dargestellt, mit der sich abzeichnenden Haushaltswirtschaft für 2011 und die fortfolgenden Jahre, größtenteils ein Opfer von nicht mehr tragbaren Verwerfungen im kommunalen Finanzsystem ist, sind wir gehalten, um nicht angreifbar zu werden, alle Ausgabenpositionen nach möglichen Einsparpotentialen zu überprüfen. Dies haben wir 2010 eindeutig gefordert.

Das Vertrösten auf das jeweils nächste Jahr, in dem dann mit dem Sparen begonnen werden soll, ist zwar für die meisten bequem, aber in der Sache nicht hilfreich.

Diese unsere Sparabsicht haben wir jedenfalls im vergangenen Jahr bei etlichen Entscheidungen auch kundgetan. Wir haben z.B. nicht unterstützt das Projekt „Erhaltung artenreicher Wiesen im Landkreis“, bei dem wieder nur ein Planwerk, im Wissen das uns für Umsetzungen das Geld fehlt, erstellt wird, oder eine Zuwendung an die Energieagentur Oberfranken, einem Gewerbebetrieb, für gutheißen können. Auch der Zuschuss für eine Cocktailbar hat meine Zustimmung nicht gefunden.

Dass es vieles Wünschenswertes gibt, wissen wir auch. Und dass es das Schönste ist, wenn wir wie Landvögte durch die Gegend reiten und aus den Füllhörnern schütten, ist allzu verständlich.

In Anbetracht der misslichen Lage gilt es aber Prioritäten zu setzen. Nach wie vor sind caritative Verbände, Vereine, Kirchen, Feuerwehren, Sportvereine und bäuerliche Organisationen die Eckpfeiler auf dem unser kommunales Leben und menschliches Miteinander gründet. Und hier ist es wenig hilfreich, dass der Landkreis neue freiwillige Leistungen tätigt, den Gemeinden bei den Haushaltsgenehmigungen den Verzicht auf freiwillige Leistungen, die meistens die unabdingbar Notwendigen sind, als Genehmigungsbedingung nahe legt.

Ihre Aufgabe ist es Herr Landrat, mit Ihrer Verwaltung, uns Sparvorschläge zu unterbreiten. Die alljährliche Verschiebung dieser Absicht bringt nichts. Es verlagert das Problem nur in die Zukunft und verschärft es.

Das Procedere im Vorfeld dieser Haushaltverabschiedung missfällt uns sehr deutlich. Ohne eine Vorabbesprechung im Ältestenausschuss wurde uns der Haushalt vorgelegt.

Er wurde von Herrn Hager umfassend vorgestellt und mit dessen hoher Fach- und Sachkompetenz erläutert. Ganz herzlichen und ehrlichen Dank hierfür.

Wir betrachteten das vorgelegte Haushaltswerk zu aller erst als ein Diskussionspapier, das nach umfassender Beratung eigentlich auch zu ändern sein müsste. Bei einer weiteren Besprechung mit Herrn Landrat, in der wir auch Sparvorschläge angebracht und die Verschiebung einiger weniger Investitionsüberlegungen in die Zukunft angeregt hatten, wurde uns aber sehr schnell bekundet, dass Veränderungen nicht erfolgen und die Mehrheit entscheidet.

Sehr geehrter Herr Landrat, dass Mehrheitsentscheidungen nicht nur Ihr oberstes Prinzip, sondern das oberste Prinzip allen demokratischen Parlamentarismus ist, wissen wir auch.

Wegen einer solchen von uns empfundenen „Vogel friss, oder stirb“-Methode und wegen des Nichteingehens auf einige wenige Sparvorschläge zu einem so problematischen Haushaltswerk ist es dann auch legitim, dass einige Mitglieder meiner Fraktion diesem Haushaltswerk nicht zustimmen werden.

Einen Antrag zum Abstimmen über diese Vorschläge möchte ich in Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse und in Kenntnis des bereits erfolgten Kreisausschussbeschlusses, diesem Gremium ersparen.

Dass die Bereitschaft zu Veränderungen doch auch Positives bewirken kann, haben wir bei der Einführungsabsicht von Parkgebühren an unseren Kliniken erleben dürfen.

Obwohl in diesem Gremium mehrmals, mehrstündig die unumstößliche betriebswirtschaftliche Notwendigkeit dieser Parkgebühren beinahe in Form von Treuschwüren vorgebracht wurden, hatte eine gemeinsame konzertierte Aktion aller Fraktionen eine ungerechtfertigte Belastung unserer Bürger vermieden.

Sehr positiv nehmen wir zur Kenntnis, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung für den kommunalen Sektor ganz konkrete Belastungsminderungen vorgeschlagen hat. Die Bundesregierung hat den Ländern im Vermittlungsausschuss bei der Diskussion um die Hartz IV-Sätze, die komplette Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter bis 2014 anheim gestellt. Dieses Relikt haben wir der rot-grünen Regierung zu verdanken und hat bisher einen Millionenaufwand für den Landkreis verursacht. Die Belastung beträgt alleine in diesem Haushalt 2011 netto 850.000,--€.

Vielleicht sollten manche im Vermittlungsausschuss nicht nur parteitaktische Überlegungen anstellen, sondern solche Erleichterungen auch einmal zügig voranbringen. Nicht dass sich die SPD der Problematik „Schein und Sein“ stellen muss. Für Ihr Engagement in dieser Frage Herr Kollege Koschyk - ohne Blick durch die Parteibrille - herzlichen Dank.

Für die Zukunft erbitten wir uns, dass bei den kommunalen Zweckverbänden mit maßgeblicher Landkreisbeteiligung, dem Kreistag die jeweiligen Geschäftsberichte vorgelegt werden. Auch zukünftige umfangreiche Investitionsvorhaben bitten wir im Vorfeld dem Kreistag zur Kenntnis zu geben. Solche haben unstrittig unmittelbare und bedeutende Auswirkungen auf zukünftige Haushalte.

Millionenschwere Investitionen können nicht nur in Zweckverbänden beschlossen werden, die dann jahrzehntelang jährlich in Millionenhöhe im Rahmen der Kreishaushalte bedient werden müssen, ohne dass der Kreistag als Gesamtgremium eine Versagungsmöglichkeit oder Mitsprache hätte. Die Haftungsfrage ist zweifelsfrei und unstrittig gemäß den jeweiligen Anteilen beim Landkreis. Wir denken, die bisherige Praxis kann so nicht ganz richtig sein. Der alte weise Spruch „Wer bezahlt, schafft an“ kann uns dabei als Leitlinie dienen.

Zum Schluss möchte ich wirklich der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass erkannt wird, dass akuter Handlungsbedarf besteht, um den ländlichen Raum nicht gänzlich abzuhängen. Dass die schon seit vielen Jahren in der Umsetzung befindlichen, jetzt veröffentlichten Thesen und Überlegungen des Zukunftsrates gestoppt werden.

Überspitzt formuliert meine ich, sollten wir verhindern, dass bei uns nordamerikanische Verhältnisse möglich werden. Die Ureinwohner - ihresgleichen die Indianer - hat man in Reservaten beheimatet. Hier haben Sie nach außen den Eindruck vermitteln dürfen, dass Sie ein überalterter Volksstamm sind, der Heimat, Nostalgie und Brauchtum in einer schönen Landschaft präsentiert, um den von Profitgier Getriebenen eine Abwechslung zu bieten.

Persönlich denke ich, dass wir uns in wenigen Jahren, von uns Nachfolgenden messen lassen müssen: Was haben wir unternommen, um bestimmte Lebensgrundlagen zu erhalten. Das ist der Beweggrund weshalb ich mich bereit erklärt habe, Kommunalpolitik mit zu gestalten und nicht um aus Geltungs- und Postenbedürfnis oder Zeitvertreib in Kommunalparlamenten kontrovers zu diskutieren. Nehmen Sie dies als Grundlage unserer und meiner Haushalts- und Zukunftsüberlegungen.